

VERKEHR

Verbesserungen bei Fahrverboten

Vor drei Jahren waren die Informationen zu Wochenend- und Nachtfahrverboten auf der Webseite des Landes noch wenig spezifisch. Für Ausnahmeanträge gab es zwar eine länderübergreifende Online-Lösung, diese wurde von den Bezirkshauptmannschaften aber nicht genutzt. Für die Anträge waren fünf Stellen zuständig, die die damit verbundenen Abgaben und Gebühren unterschiedlich handhabten.

Nach entsprechender Kritik des Landes-Rechnungshofes hat sich das mittlerweile geändert: Für die Anträge ist nur noch eine Abteilung zuständig, auch die Informationen auf der Webseite des Landes wurden verbessert. Weitere Punkte sind noch in Umsetzung, keine der damals vorgeschlagenen Maßnahmen wurde vom Land ignoriert.

Der Landes-Rechnungshof kritisiert jedoch, dass die Bescheide über Ausnahmen nicht in das Online-Tool hochgeladen werden. Sie sollen künftig direkt im Nachfolgetool erstellt werden und dort dann auch verfügbar sein, so das Land.



Ausnahmen für Lkw-Nachtfahrverbote werden nun effizienter abgewickelt. STIPLOVSEK

Schülerbetreuung nun

Bei der Schülerbetreuung gab es beim Land Fortschritte, in Altsch und Wolfurt fehlen noch einige Maßnahmen.

Von Moritz Moser
moritz.moser@neue.at

Ein ausnahmsweise erfreuliches Ergebnis konnte das Land Vorarlberg bei der jüngsten Prüfung durch den Landes-Rechnungshof verbuchen. Dieser hatte nach einem Bericht 2018 die Förderung der Betreuung von Pflichtschulkindern neuerlich geprüft und für die Umsetzung seiner früheren Vorschläge ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Vor fünf Jahren hatte man noch etliche Mängel gefunden: Unter anderem hatte es damals kein Gesamtkonzept für die unterschiedlichen Betreuungsformen gegeben. Die Förderungen für die Schülerbetreuung wurden teilweise zu spät bewilligt und es war nicht klar, wie viele Betreuer tatsächlich eingesetzt worden waren. Das Land hat sich der Probleme mittlerweile angenommen, wie eine Folgeprüfung zeigt.

Land griff Empfehlungen auf. Der Landes-Rechnungshof hatte dem Land in seinem ersten Bericht 2018 insgesamt 22 Empfehlungen gegeben. „Die geprüfte Stelle setzte davon 19 um, vier sind teilweise umgesetzt oder noch in Bearbeitung“, heißt es im nun veröffentlichten Folgebericht. Im Vergleich zu anderen Prüfungen sei der Umsetzungsstand damit „deutlich größer“, heißt es im Bericht, der bei einer Pressekonferenz am Freitag präsentiert wurde.

„Das Land griff alle Empfehlungen auf und erreichte maßgebliche Verbesserungen“, loben die Prüfer. Die zuständige



Abteilung im Amt der Landesregierung habe alle Vorschläge zur Qualitätssicherung vollständig umgesetzt. Allerdings sei die künftige Organisation der Betreuung mit der Bildungsdirektion noch nicht geregelt. Der Landes-Rechnungshof gestand dem Land aber zu, dass es ohne den Bund bei der Thematik nur einen eingeschränkten Gestaltungsspielraum besitzt: „Das Land kann grundlegende Veränderungen im komplexen System der Schulkindbetreuung aber nur bedingt alleine erreichen.“

Dasselbe gelte auch für die Gemeinden, erklärte Landes-Rechnungshofdirektorin Brigitte Eggler-Barghehr. So sei eine Betreuungslösung in Wolfurt nicht zustande gekommen, weil sich der Lehrkörper an der Volksschule geweigert habe, mitzuwirken. Über die Pflichtschullehrer könne die Gemeinde

aber nicht verfügen. Alle litten unter der sehr angespannten Personalsituation, allerdings sei Vorarlberg bei der Betreuung von Volksschulkindern außerhalb der Unterrichtszeiten österreichweites Schlusslicht.

Altsch will keinen Vertrag. Etwas weniger vollständig als das Land setzten die Gemeinden Altsch und Wolfurt, die 2018 ebenfalls geprüft worden waren, die Empfehlungen um. In Altsch wurde die Information für Erziehungsberechtigte zu den unterschiedlichen Betreuungsformen nicht ausgebaut. Es gibt auch nach wie vor keinen schriftlichen Vertrag über die Schülerbetreuung mit dem Sozialzentrum Altsch. Die Gemeinde erachtet diesen als nicht notwendig, weil ihr das Sozialzentrum gehört. Laut Landes-Rechnungshof kann es aber auch zwischen Gemeinden

besser geplant



Die Betreuung von Volksschulkindern wird nun besser organisiert. Beim Angebot ist Vorarlberg noch immer Schlusslicht.

MICHAEL FRÖHLE (SYMBOLBILD)

und Tochterunternehmen zu Unstimmigkeiten kommen, die man mit einem solchen Vertrag verhindern könne. Schließlich müsse sich die Gemeinde auch bei der Schülerbetreuung mit der Betreuungseinrichtung über die jeweiligen Zuständigkeiten absprechen.

Das Beschwerdemanagement wurde in Altsch hingegen verbessert, und auch fehlende Verordnungen zu den Betreuungsbeiträgen wurden mittlerweile erlassen.

Wolfurt zählt nicht gern. In Wolfurt gibt es nach wie vor keine differenzierte und vollständige Erfassung der betreuten Schulkinder. Der Landes-Rechnungshof betont jedoch, dass eine solide Datenlage wesentlich für künftige Entscheidungen der Politik in diesem Bereich ist. Das Land arbeitet derzeit daran,

die Art und Zahl der Betreuungsangebote zu erfassen. Dafür wäre auch eine entsprechende Erhebung durch die Gemeinden wichtig.

Die Wolfurter Gemeindevertretung berichtet auch noch immer nicht jährlich über die gesetzten Maßnahmen in der Schulkinderbetreuung, obwohl dies der Landes-Rechnungshof 2018 empfohlen hatte. Die Marktgemeinde kam auch der Empfehlung, die „Zusammenarbeit mit der Kinderbetreuung Vorarlberg gGmbH einer wirtschaftlichen Prüfung“ zu unterziehen, nicht nach. Die Betreuung durch diese ist verhältnismäßig teuer.

Dafür wurden auch in Wolfurt die fehlenden Beitragsverordnungen erlassen, Kooperationsvereinbarungen ordentlich beschlossen und für die Betreuung qualifiziertes Personal an-

GEBARUNGSPRÜFUNG

Rechnungshof rügt Vorarlberg Museum

Zwischen Buchungen und Ticketverkäufen gab es Abweichungen, die aufgeklärt werden sollten, so die Prüfer.

Das Vorarlberg Museum wurde, neben dem Kunsthistorischen Museum in Wien und dem Museum der Moderne Salzburg, vom Rechnungshof im Hinblick auf die Umsatzentwicklung während der Pandemie geprüft. Die Einnahmen des vormaligen Landesmuseums gingen demnach in den Jahren 2020/21 im Verhältnis zu den beiden Vorjahren deutlich zurück. Bei den Erlösen aus der Kulturvermittlung, also etwa aus Führungen, war ein Minus von 67 Prozent zu verzeichnen. Die Einnahmen aus Eintritten gingen um 35 Prozent zurück. Der Rechnungshof kritisierte, dass das Vorarlberg Museum keine Möglichkeit anbiete, Kulturvermittlungen online zu buchen. Außerdem solle man mit digital angebotenen Formaten Einkünfte erzielen.

Korruptionsrisiko geortet. Der Rechnungshof ortete auch Abweichungen im Ticketsystem des Museums. Zwischen den Aufzeichnungen der Abteilung für Kulturvermittlung und den Ticketverkäufen klappte im Prüfungszeitraum ein Loch von 3.019 Besuchern. Die Kulturvermittlung buche nur Anmeldungen ein, während die Ticketverkäufe die tatsächlichen Teilnehmer wiedergebe, heißt es vom Museum. Man nehme die Vorschläge des Rechnungshofes aber gerne auf. Das Museum habe außerdem „bereits im Zuge der Schlussbesprechung im Juli 2022 mit seinen Auswertungen zur teilweisen Aufklärung der Differenz zwischen Plan und Ist-Daten beigetragen.“ So erkläre sich die Differenz über die Teilnehmer eines Archäologieworkshops für Schüler, die nicht im Ticketsystem verbucht würden.

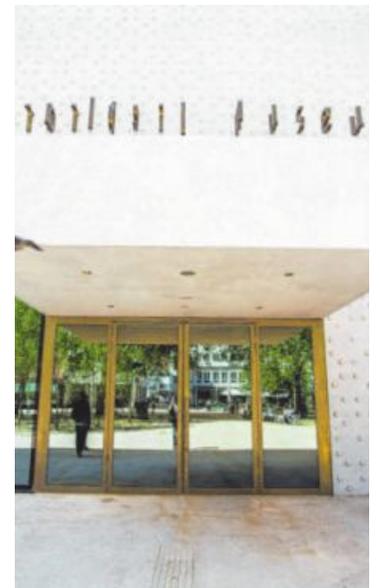
Damit zeigte sich der Rechnungshof in Wien nur teilweise zufrieden. Es gebe nach wie vor Differenzen in den Buchungen, „die das Vorarlberg Museum nicht erklären konnte.“ Der

Rechnungshof drängt daher weiter auf eine Klärung, „um etwaige Korruptionsrisiken zu minimieren.“

Falsche Zahlen übermittelt. Außerdem habe das Vorarlberg Museum „mehrfach unterschiedliche Teilnehmerzahlen“ am Schulprojekt übermittelt: Im September 2021 habe es etwa geheißen, dass zwischen September 2020 und Juli 2021 insgesamt 64 Schulklassen teilgenommen hätten. Im Juli 2022 behauptete das Museum dann, es seien in einem längeren Zeitraum, nämlich zwischen September 2020 und Oktober 2021, nur 59 Schulklassen gewesen. Auch über die Zahl der Teilnehmer war sich das Museum offenbar nicht sicher. Innerhalb eines Monats übermittelte es dem Rechnungshof dazu zwei unterschiedliche Statistiken.

Das Korruptionsrisiko sei zwar dadurch vermindert worden, dass die „Archäologie auf Achse“-Kurse nicht bar bezahlt worden seien, dennoch gebe es weiter Widersprüchlichkeiten, die das Museum intern aufklären solle, so der Rechnungshof abschließend.

Moritz Moser



Im Vorarlberg Museum gab es Zählprobleme. STEUERER